LANDTAG DES SAARLANDES
17. Wahlperiode

Drucksache 17/1965
15.01.2026

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Mehr Gerechtigkeit in der Gesetzlichen Krankenversicherung durch Übernahme der Kosten für die Krankenversorgung von Bürgergeld-Empfängern aus dem Bundeshaushalt

Der Landtag wolle beschließen:

Deutschland verfügt über ein soziales Sicherungssystem, das zu den umfassendsten der Welt gehört. Diese Errungenschaft gilt es zu bewahren. Zugleich gerät das System jedoch zunehmend aus dem Gleichgewicht. Deshalb sind die von der Bundesregierung für dieses Jahr angekündigten Reformen unumgänglich und dürfen nicht weiter aufgeschoben werden.

Insbesondere die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) steht unter erheblichem Druck. Der Ende letzten Jahres gefundene Kompromiss von Bundestag und Bundesrat zur Finanzierung der GKV schafft nur kurzfristig Entlastung; strukturelle Schritte zur Stabilisierung der Beitragssätze bleiben erforderlich.

Die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) nachhaltig und solide zu sichern, stellt uns angesichts festgefahrener Strukturen vor enorme Herausforderungen. Zwar hat Deutschland die höchsten Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben in der EU, während die Lebenserwartung unterhalb des EU-Durchschnitts liegt. Wir leisten uns somit das kostspieligste und teuerste System bei allenfalls mittelmäßigen Ergebnissen.

Somit tragen die Beitragszahler bereits heute eine der höchsten Belastungen in Europa, ohne dass die medizinischen Leistungen im internationalen Vergleich dem gerecht werden. Weiter steigende Krankenkassenbeiträge schmälern die verfügbaren Einkommen und reduzieren die Kaufkraft der Menschen. Jede zusätzliche Belastung der GKV gefährdet die Stabilität des Systems und die Akzeptanz in der Bevölkerung.

Ausgegeben: 15.01.2026

Daher muss die Beitragsstabilität für Arbeitnehmer und Arbeitgeber Priorität haben. Klar ist auch, dass weitergehende Reformen und Einsparungen im Gesundheitswesen unumgänglich sind.

Es gibt viele Gründe, die die Ineffizienz unseres teuren Gesundheitssystems begünstigen. Diesbezüglich sind zweifelsohne die sogenannten versicherungsfremden Leistungen der Krankenkassen verstärkt in den Blick zu nehmen. Diese sind Ausgaben, die nicht direkt der Krankenversorgung der Beitragszahler dienen:

Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanzieren mit ihren Beiträgen die gesetzliche Krankenversicherung. Diese Beiträge dienen jedoch zunehmend nicht allein der individuellen Absicherung der Versicherten, sondern werden in erheblichem Umfang für gesamtgesellschaftliche Aufgaben herangezogen. Dazu zählt insbesondere auch die Krankenversicherung von Bürgergeld-Empfängern – eine originäre Aufgabe des Sozialstaats.

Der Bund kommt dieser Verantwortung bislang nur unzureichend nach. Die Finanzierung erfolgt lediglich anteilig, während die verbleibende Lücke von rund 10 Milliarden Euro faktisch den Beitragszahlern der GKV aufgebürdet wird. Dies entspricht einer Beitragssatzreduzierung von etwa 0,5 Prozentpunkten. Damit werden Versicherte und ihre Arbeitgeber zur Finanzierung staatlicher Sozialleistungen herangezogen, ohne dass hierfür eine sachliche Rechtfertigung besteht.

Der Landtag des Saarlandes fordert angesichts dessen eine Herausnahme der Aufwendungen für Bürgergeld-Empfänger (ab 1. Juli 2026 Grundsicherungs-Empfänger) aus der beitragsfinanzierten GKV-Finanzierung und die vollständige, kostendeckende Finanzierung dieser Kosten aus dem Bundeshaushalt.

Wenn der Staat sicherstellen will, dass Bürgergeld-Empfänger vollständig krankenversichert sind – was richtig und notwendig ist –, muss er diese Kosten auch vollständig aus dem Bundeshaushalt tragen.

Dies würde nicht nur für mehr Gerechtigkeit sorgen, sondern auch Transparenz schaffen: Die gesamtgesellschaftlichen Ausgaben wären im Bundeshaushalt nachvollziehbar, statt in Beitragssätzen verborgen zu sein. Zugleich wäre dies wirtschaftspolitisch sinnvoll, weil die Belastung der Arbeitseinkommen reduziert und damit Arbeitnehmer und Arbeitgeber spürbar entlastet würden.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag des Saarlandes die Bundesregierung auf,

- die Aufwendungen der GKV für Bürgergeld-Empfänger vollständig, kostendeckend und dynamisiert aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren, statt sie über Pauschalbeträge den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern aufzulasten.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung auf,

- sich dafür auf allen Ebenen einzusetzen und damit für mehr Beitragsgerechtigkeit einzutreten.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.